

FWG-Antrag zum Norma-Gehweg: Meine Meinung zur Sachstands-Erläuterung durch Bgm. Höcherl am 21.3.2017

In der öffentlichen Stadtratssitzung vom 21.3.2017 war unser [Antrag vom 10.11.2016, einen beleuchteten, sicheren Gehweg zur Norma-Filiale in der Eslarner Straße ohne Kostenbeteiligung der Anlieger zeitnah zu verwirklichen](#), endlich auf der Tagesordnung. Die dafür in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehene Frist (drei Monate) war längst abgelaufen.

Bürgermeisterin Birgit Höcherl erläuterte uns den Sachstand. Schriftlich haben wir FWG-Stadträte (wie üblich) nichts erhalten. Ich musste also wie jeder Zuhörer auch mitschreiben. Insofern erhebt meine nachfolgende Zusammenfassung keinesfalls den Anspruch auf Vollständigkeit.

Am 13.3.2017 fand ein Ortstermin mit dem Staatlichen Straßenbauamt Amberg-Sulzbach statt. Die Eslarner Straße ist nämlich eine Staatsstraße. Zuständig ist also der Freistaat Bayern. In meinem Antrag vom 10.11.2016 hatte ich geschrieben: „Vermutlich wird der Landkreis Straßenbauasträger sein.“ Stadt- und Kreisrat Michael Ebnet meinte deshalb in der Sitzung zu mir: „Das weiß doch jeder Schulbub, dass das eine Staatsstraße ist. Da hättest Du Dich schon genauer informieren müssen“. Ich entgegnete ihm: „Mein Antrag war keine Doktorarbeit, ich bin kein gebürtiger Schönseer und es steht auch das Wort „vermutlich“ davor“. Hier und heute ergänze ich noch: Es ist übrigens ungefähr mein zehnter schriftlicher Antrag an den Stadtrat Schönsee mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensqualität oder/und der Transparenz - ganz gemäß unseren Zielen bei der Kommunalwahl 2014. Mir ist kein Antrag des Stadt- und Kreisrates Ebnet bekannt. Es würde mich nicht wundern, wenn er den geschätzten vierzig Jahren seiner kommunalpolitischen Tätigkeit kein einzigen gestellt hätte ... Auch seine Ziele erschließen sich mir nicht ...

Bürgermeisterin Höchel sagte zu dem Ortstermin, das **Straßenbauamt sei einem Gehweg „nicht abgeneigt“**. Sie habe auch schon zwei Gespräche mit der Norma geführt und strebe einen Ortstermin mit dem Unternehmen an.

Sie blickte zurück auf die Zeit der Ansiedlung der Norma und stellte heraus: **Am 16.1.2007 hat das Staatliche Straßenbauamt explizit einen Gehweg gefordert**. Der damalige 1. Bürgermeister - Hans Eibauer - habe die Meinung vertreten, auf einen Fußweg könne verzichtet werden, weil der Fußgängerverkehr zu gering sei. Am 1.4.2007 habe eine Zählung 16 Fußgänger ergeben.

Grundsätzlich ist es natürlich ein Witz, Fußgänger zu zählen, wenn kein Fußgängerweg da ist. Wir haben ja jetzt einen gefordert, weil der ungesicherte, unbefestigte und unbeleuchtete Gang am Straßengraben entlang eine schiere Zumutung und höchst gefährlich ist. **Wir sind der Ansicht, die Norma hätte ohne einen Gehweg von der Stadt aus nie genehmigt werden dürfen**. Andreas Hopfner hat es in der Sitzung auf einen kurzen Nenner gebracht: „Wer A sagt, muss auch B sagen“. Hätte man die Genehmigung von einer Beteiligung an den Kosten des Gehweges abhängig gemacht, hätte man die Firma Norma vermutlich viel leichter dazu bewegen können, ihren Beitrag zu leisten, als jetzt im Nachhinein zehn Jahre später. Zu dem Zeitpunkt war noch keiner von uns im Stadtrat aktiv.

Damals wie heute könnte und sollte man meiner Ansicht auf eine Beteiligung der Anlieger an den Kosten verzichten. Die Finanzierung der Beleuchtung und des Gehweges ist unserer Überzeugung nach eine **Pflichtaufgabe der Stadt Schönsee**. Gefahren für Leib und Leben von Fußgängern dürfen nicht ignoriert werden. Die Maßnahme liegt im Interesse der Allgemeinheit und ist im Sinne aller Bürger und Steuerzahler. Die Kosten sollte man also nicht auf einige wenige Anlieger umlegen. Diese **dürfen auch nicht heute für Versäumnisse aus der Phase der Genehmigung und des Baus der Norma vor ca. zehn Jahren büßen**.

Auch ich als jetziger Antragssteller bin dafür nicht verantwortlich. Ich weise auf einen offensichtlichen, eklatanten Missstand hin und rege an, diesen zeitnah und bürgerfreundlich (in diesem Fall auch und nicht zuletzt anwohnerfreundlich) zu beheben. Das sollte die Regierungskoalition doch

schaffen. **Es geht ja auch nicht um astronomische Beträge. Man könnte sie leicht durch Einsparungen bei freiwilligen Leistungen (Stichwort: CeBB) erwirtschaften.** Hier schließt sich übrigens der Kreis: Der damalige 1. Bürgermeister ist jetzt bezahlter Geschäftsführer des CeBB, welches von der Stadt Schönsee jährlich mit - meiner Ansicht nach viel zu hohen Beträgen - alimentiert wird. Im Prinzip hat die Bürgermeisterin meiner Ansicht nach bei ihrem Sachstandsbericht ihm die Verantwortung für den „Nicht-Bau“ des Gehweges zugeschoben, obwohl sie natürlich damals selbst im Stadtrat saß und mitentschied. Na ja, vielleicht regelt sie es nun ja mit Verspätung doch im Sinne der Bürger der Stadt Schönsee. Die Hoffnung stirbt zuletzt ...

Thomas Schiller, 3. April 2017